

Zeitschrift:	Schweizer Soldat + FHD : unabhängige Monatszeitschrift für Armee und Kader
Herausgeber:	Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band:	58 (1983)
Heft:	2
Artikel:	Im Gespräch mit Bundesrat Georges-André Chevallaz, Vorsteher Eidg Militärdepartement (EMD)
Autor:	Carrel, Laurent F. / Chevallaz, Georges-André
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-713569

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 20.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Im Gespräch mit...

Bundesrat Georges-André Chevallaz, Vorsteher Eidg Militärdepartement (EMD)

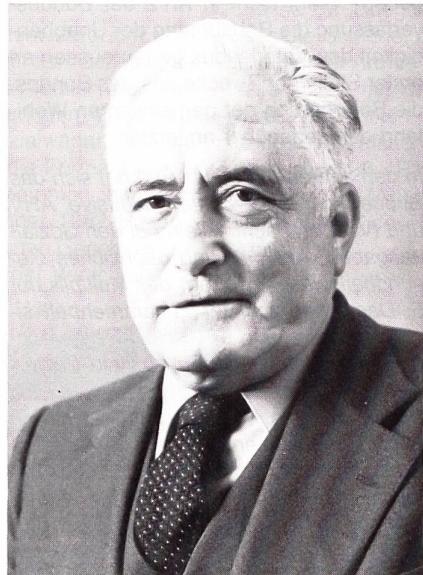
Das Gespräch für den «Schweizer Soldat» führte
Maj i Gst Laurent F Carrel, Biel

Das Armeeleitbild (ALB) ist der langfristige Bezugsrahmen für die künftige Gestaltung der Armee. Die Realisierung des Armeeleitbildes erfolgt in «Ausbauschritten». Der Ausbauschritt 1984–87 umfasst alle Ausbauvorhaben, die in der kommenden Legislaturperiode eingeleitet oder verwirklicht werden sollen. Im Bereich der Rüstung liegt der Schwerpunkt auf der Verstärkung der Panzerabwehr, insbesondere durch die Einführung eines neuen Kampfpanzers und bei der Abwehr von Tieffliegern und Kampfhelikoptern mittels leichter Flablenkwaffen. Weitere Hauptvorhaben sind: Panzerabwehr Stufe Regiment, Kampfwertsteigerung vorhandener Panzer, Schaffung eines Panzerabwehrhelikopter-Verbannes als Armeereserve, Verstärkung der Feuerkraft der Artillerie, Nachfolgewaffe für das Stgw. Wo setzen Sie selbst das Schwergewicht und welches Vorhaben liegt Ihnen ganz persönlich am Herzen?

Bereits die von Ihnen angedeuteten wichtigsten Anstrengungen kommen einer Auswahl gleich. Sie müssen allerdings parallel im Rahmen der eher bescheidenen zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel verlaufen. Wenn ich eine persönliche Priorität setzen will, stelle ich folgendes voran:

- a) Ein Kampfhelikopter, hauptsächlich auf die Panzerabwehr gerichtet, leicht, schnell, der für den Kommandanten ein entscheidendes Kampfmittel darstellen würde. Wir beklagen hier einen spürbaren Rückstand gegenüber unseren Nachbarn, derweil unser Gelände für den Einsatz von Helikoptern ausgesprochen günstig ist.*
- b) Ein Panzer der zweiten Generation, um unseren Gegenstößen vermehrte Schlagkraft und Schnelligkeit zu verleihen. Eine rein statische Abwehr kann einen Gegner weder besiegen noch abschrecken.*

Im organisatorischen Bereich liegt der Schwerpunkt erklärerweise bei den Massnahmen zur Abwehr der Gefahren, die sich für unser Land aus dem strategischen Überfall und aus sektoriellem Bedrohungen ergeben könnten. Zwar ist Militärfachleuten bekannt, dass die Vorwarn-



zeit sich noch mehr verkürzen wird und dass die Bedrohung aus der Luft durch eine zunehmende Luftbeweglichkeit der Kampfmittel und Führungsorgane und einer sich daraus ergebenden erhöhten Gefahr strategischer Überfälle gekennzeichnet ist. Glauben Sie, dass dies auch dem Schweizer Bürger genügend bekannt und bewusst ist? Welche der im ALB vorgesehenen organisatorischen Massnahmen ist Ihrer Ansicht nach geeignet, dem Schweizer Volk die Bedeutung der angestrebten Verbesserungen zu verdeutlichen?

Das Armeeleitbild, das an sich nichts Revolutionäres enthält und sich im Rahmen unserer Verteidigungskonzeption bewegt, muss der Öffentlichkeit ausreichend bekannt gemacht und erklärt werden. Unter den vielen im Armeeleitbild aufgeführten Massnahmen würden sicher jene zuerst getroffen, die der gegebenen Situation am besten Rechnung tragen. Ich könnte mir dabei vorstellen, dass die Beschleunigung der Mobilmachung im Vordergrund stehen sollte.

Als das ALB vergangenen November der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, durfte man zur Kenntnis nehmen, dass die Aufnahme im allgemeinen positiv war. Kriti-

sche Stimmen meldeten sich lediglich bezüglich Ordnungsdienstes und Antiterror einsätzen und des neuen Sturmgewehrs zu Wort. Wie beurteilen Sie die Reaktionen zum ALB?

Der Ordnungsdienst ist Sache der Gemeinde- und Kantonspolizei. Niemand wird uns unterstellen können, die Armee bereite sich für Aktionen im Stile des Streiks von 1918 oder der Manifestationen von 1932 vor. Anderseits sind terroristische Kommandoaktionen gefährlich und stellen eine Form der Aggression dar. Einige Truppenteile müssen in solchen Fällen als Wachen und notfalls als schnelle Einsatztruppe bereitgestellt werden. Was die persönliche Ausrüstung antrifft, ist das Sturmgewehr 1957 eine hervorragende Waffe, aber die technische Entwicklung hat bei unseren Nachbarn bereits zur Entwicklung und Abgabe leichterer Waffen geführt. Unsere Panzergrenadiere und unsere Infanterie müssen mit einem neuen Sturmgewehr ausgerüstet werden, es muss leichter, präziser und im Verhältnis zur Kampfkraft preisgünstiger sein. Die etappenweise Beschaffung wird die andern vordringlichen Prioritäten nicht beeinträchtigen und schliesslich sichert sie dem Land Arbeitsplätze. Die Infanterie kann in der Modernisierung der Gesamtarmee nicht zurückgestellt werden, denn sie stellt immerhin 40 Prozent des Mannschaftsbestandes.

Zu den Militärausgaben und den Bundesfinanzen: Sie haben bei der Vorstellung des ALB Ihrer Beunruhigung bezüglich Finanzperspektiven für die kommende Legislatur Ausdruck gegeben. Dabei haben Sie auf den Bericht des Bundesrates verwiesen, in welchem im Falle einer weiteren realen Kürzung der militärischen Investitionen auf 0 bis 0,5% ua festgestellt wird: «damit würden die für die Kampfkrafterhaltung und -verstärkung der Armee real zur Verfügung stehenden Mittel zurückgehen». Der Generalstabschef hat ebenfalls gewarnt, dass die vom Bundesrat angewandte «Opfersymmetrie» die Landesverteidigung ins Mark treffe. Sie haben festgestellt, «die Bekenntnisse zum Militär reichen nicht aus, die Veralterung zu beheben und die Lücken in der Lan-

desverteidigung zu schliessen» und sich für ein reales Wachstum von 1% pro Jahr eingesetzt. In der Presse gerieten Sie unter Beschuss. Was erwideren Sie Ihren Kritikern?

Der Bundesrat hat keinen Finanzplan verabschiedet, aber Sparmassnahmen zur Diskussion gestellt, die geeignet sind, den Budgetausgleich bis 1987 zu erreichen. Er hat dabei selbst auf die Konsequenzen hingewiesen, die eine Reduktion des Wachstums der Militärausgaben von 0,5 auf 0% (Bericht vom 4.10.1982) nach sich ziehen würden: «... die Aufrechterhaltung des Kampfwertes sowie eine der Bedrohung angemessene Kampfkraftverstärkung der Armee erschweren.» Der Generalstabschef und ich haben nichts anderes gesagt, als die bundesrätlichen Feststellungen wiederholt und auf die Gefahr einer Rückständigkeit unserer Ausrüstung hingewiesen. Dies ist und bleibt unsere Aufgabe.

Während der beiden Weltkriege hat unser Volk – wenn auch mit einiger Verspätung – erstaunlich grosse finanzielle Opfer für seine Landesverteidigung auf sich genommen. Ist heute die Forderung nach einem realen Wachstum von 1% pro Jahr nicht gerechtfertigt und besser als zuzuwarten, bis eine Bedrohung uns zu einer noch grösseren Anstrengung zwingt?

Vor und während der beiden letzten Weltkriege hat das Schweizer Volk, wenn auch etwas spät, beachtliche Opfer für seine Verteidigung auf sich genommen und dabei eine schwere Verschuldung herbeigeführt. Wir verlangen nicht soviel. Unsere Armee ist gut ausgerüstet, aber die Ausrüstung ist im Zuge der ständigen Entwicklung rasch veraltet. Das moderne Material, technisch komplex, kostet mehr als die Panzer, die Flieger, Kanonen und Gewehre vor 20 bis 30 Jahren gekostet haben. Ein Wachstum der Militäraufwendungen von 1% ist ein Minimum und hat mit einer «Überbewaffnung» nichts zu tun. Die Militärausgaben betragen 2% des Bruttosozialproduktes (BSP) (3% vor 25 Jahren). Unsere Nachbarn, die Mitglieder der NATO, Frankreich und Schweden verwenden für ihre Verteidigung zwischen 3 und 4% ihres BSP und verzeichnen in den letzten Jahren einen Zuwachs ihrer Mili-

tärausgaben von zwischen 2 und 5%. Dabei weisen alle diese Länder viel grössere Defizite aus, etwa 3- bis 10mal höhere als wir. Die Sozialabgaben sind erst noch höher als bei uns.

Die Wehrvorbereitungen müssen im Rahmen unserer bescheidenen Mittel fortgesetzt werden, kontinuierlich und methodisch. So gesehen hätte ein Rüstungsreferendum verheerende Folgen. Man kann mit den militärischen Abwehrmassnahmen nicht beginnen, wenn die Gefahr offenbar wird.

Zur «Opfersymmetrie»: Ist dies die neue «goldene Formel», um bei der Ausgabepolitik das Setzen von Prioritäten zu umgehen? Steht nicht in Art 2 der Bundesverfassung die Behauptung der Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen aussen an erster Stelle der Zwecke unseres Bundes, die Beförderung der gemeinsamen Wohlfahrt demgegenüber an letzter?

In den Jahren 1960 bis 1980 hat sich das Budget in realen Zahlen inklusive AHV und IV verdreifacht. Allein bei den Sozialausgaben, AHV, IV und öffentliches Gesundheitswesen, beträgt der Multiplikator 5. Damit hat sich der Zusammenhalt sicher gefestigt, und es wurde eine gerechte und ausgewogenere soziale Sicherheit erreicht. Aber in der gleichen Zeit haben sich die Militärausgaben lediglich um das 1,6fache erhöht, anteilmässig am Budget sind sie von 15 auf 7% zurückgefallen und betragen gegenüber früher noch 2 statt 3% des BSP. Man kann für diese 20 Jahre von «Opfern ohne Symmetrie» sprechen. Zweifellos ist der soziale Zusammenhalt des Landes eine Komponente der Landesverteidigung, anderseits sind die Militärausgaben erforderlich, um die sozialen Errungenschaften in Freiheit und Unabhängigkeit zu sichern. Das eine bedingt das andere.

Besteht die Gefahr, dass aufgrund schwindender finanzieller Mittel mehr und mehr ein Zukunftsbild der Armee erarbeitet wird, das sich primär nach den finanziellen Rahmenbedingungen orientiert und weniger nach Auftrag und Bedrohung? Könnte dies, falls der Armee die notwendigen Mittel vorenthalten werden, dazu führen, dass sie ihren Auftrag nicht mehr erfüllen kann und die gültige Einsatzkonzeption angepasst werden muss?

Der Krieg ist ein verwerfliches Mittel, die Differenzen zwischen den Völkern zu regeln. Aber er existiert. Für ein kleines Land wie die Schweiz, das seinen Frieden in Freiheit bewahren will, können der Krieg, die Invasion, die Besetzung nur durch eine glaubwürdige militärische Belegschaft, eine kämpferische Abwehr, die zu Gegenschlägen fähig ist, abgeschlagen und abgewendet werden. Danach richten sich die Bedürfnisse der Armee zur Hauptsache aus. Leider ist es naheliegend, dass die zunehmende Verschuldung, die durch die Inflation begünstigt wird, schwerwiegende Auswirkungen auf die Wirtschaft des Landes, den sozialen Zusammenhalt und die Sicherheit hat. Man muss dem Bund, dessen Budget geringer ist als jene vergleichbarer ausländischer Staaten, die erforderlichen Mittel zur Wahrnehmung seiner fundamentalen Aufgaben, zur militärischen und sozialen Sicherheit zugestehen.

Es ist selbstverständlich, dass bei der rasanten technischen Entwicklung ohne eine bescheidene reale Erhöhung der Verteidigungsausgaben die Kampfkraft der Armee, wie der Bundesrat einhellig feststellte, beträchtlich geschwächt würde. Daraus könnten sich möglicherweise unliebsame Umdispositionen aufdrängen.

Unsere Verteidigungshaushalt-Debatte wird im Ausland aufmerksam verfolgt. Ihr Ausgang ist zurzeit noch ungewiss. Trotzdem kann man sagen, dass das Resultat den dissuasiven Stellenwert unserer Armee nach aussen beeinflussen wird. Nach Ihrer Meinung: wie stark?

Der französische Historiker Raymond Aron hat über unser Land folgende Ansicht geäussert: «Niemand hat im 20. Jahrhundert daran gezweifelt, die Schweiz würde sich im Falle eines Angriffes verteidigen... Die Abwehrfähigkeit der Schweiz hing einerseits von den durch die Behörden geförderten materiellen Verbesserungen, vom Mut und vom Zusammenhalt ab, die die ausländischen Staatsmänner dem Schweizer Volk respektvoll zugesanden.»

Dies kann ich als Schlussfolgerung nur unterstützen in der Überzeugung, dass wir unseren Verteidigungswillen dem Ausland mit aller Deutlichkeit klarmachen müssen.

Ein Volk müsste es für ein bedenkliches Zeichen nehmen, wenn die Forderungen der Armee schüchterner würden oder wohl gar schweigen. Es wäre ein Symptom der Trägheit und des Erschlaffens. Was zur Kriegsbereitschaft notwendig ist, kann nur der Soldat selber beurteilen, und es ist an ihm, dieses Notwendige zu verlangen, es immer neu und mit rücksichtsloser Offenheit zu verlangen, wenn man zaghaft ist, es zu erwähnen. Wenn er das tut, handelt er nicht aus Anmassung, sondern aus der Erkenntnis der Pflicht.

Edgar Schumacher
(1897–1967)